

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

Aus den Tannen

Fernsprecher
Nr. 11

Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Preis: 40 Pfennige. Die Einzelnummer kostet 10 Pfennige. Bei Nicht-Erfüllung der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Befreiung. Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile über deren Raum 10 Pfennige, die Reklameweile 25 Pfennige. Bei längerer Dauer ermäßigt. — Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 158

Altensteig, Donnerstag den 9. Juli.

Jahrgang 1925

Der fünfjährige Gedenktag der ostpreussischen Abstimmung

In Ostpreußen und im ganzen Reich trifft man Vorbereitungen, um den 5. Gedenktag der Abstimmung im südlichen Teil Ostpreußens, im Regierungsbezirk Allenstein und in den westpreussischen Bezirken Marienburg, Marienwerder, Stahm und Rosenberg würdig zu begehen. Die ost- und westpreussischen Heimatvereine werden dafür sorgen, daß das ganze deutsche Volk sich der Bedeutung dieses Tages bewußt wird. Der 11. Juli 1920 war ein Sieg des deutschen Volksbewußtseins und des unzerbrechlichen Zusammengehörigkeitsgefühls der Ost- und Westpreußen mit dem Deutschen Reich und Volke. Mit Stolz werden wir uns auch am 11. Juli der Tatsache erinnern, daß 97,5 v. H. deutsche Stimmen im Abstimmungsgebiet Allenstein und 92,5 v. H. im Abstimmungsgebiet Marienwerder abgegeben wurden. Damit war klar erwiesen, daß die in Frage kommenden Gebiete „unzweifelhaft deutsche Gebiete“ sind. Diese Feststellung rief in der ganzen Welt eine gewaltige Ueberraschung hervor. Hatten doch die Polen es verstanden, mit Hilfe gefälschter Karten und Statistiken in Paris den Eindruck hervorzurufen, als ob die genannten Gebiete polnisch und insbesondere die Masuren polnischer Abstammung seien. Besonders die Tatsache, daß die von den Polen härtestens umwobenen Masuren ohne Ausnahme für Deutschland gestimmt hatten, rief in Deutschland freudige Erregung hervor. Denn nun konnte niemand mehr fälschlich behaupten, daß die Masuren keine Deutschen, sondern Polen seien. Die Kraft der deutschen Kultur und des deutschen Gedankens hatte sich als stärker erwiesen als alle Propaganda-, Verleumdungs- und Verheugungskünste der Polen.

Man hört wohl heute manchmal die Meinung äußern, daß die Aufregung, von damals überflüssig gewesen wäre, es habe sich ja gezeigt, daß die Abstimmungsgebiete treu zu Deutschland halten. Dieser Meinung muß man entgegenhalten, daß der deutsche Sieg unter den denkbar ungünstigsten Umständen erfolgt war. Krieg und Kriegsnöte waren auf die ostpreussische Bevölkerung in schwerster Weise hereingestürzt. Der unglückliche Ausgang des Krieges war geeignet, auf die Bevölkerung Ost- und Westpreußens stimmungserwühlend einzuwirken. Deutschland lag am Boden und war eine Beute aller zerstörenden und chaotischen Kräfte. Polen und ein großer Teil Westpreußens waren dem Reich bereits entziffen. Weitere Uebergriffe schienen keineswegs ausgeschlossen. Polen dagegen erschien als aufsteigende Macht und verstand es auch, diesen Eindruck in der Bevölkerung hervorzurufen. Es arbeitete mit allen Mitteln der Beeinflussung, mit Drohungen und Verprechungen und hoffte so vor allen Dingen die Masuren, die „unerlösten polnischen Brüder“ mit Leichtigkeit geminnen zu können. — Trotz alledem wurde der deutsche Sieg errungen und Polen bitter enttäuscht. Die ost- und westpreussische Bevölkerung hatte ihren alten Ruf aufs Neue bewiesen, daß keine Schicksalsschläge und Enttäuschungen imstande sind, die Widerstandskraft dieses zähen deutschen Stammes zu brechen.

Diese Zähigkeit der Ost- und Westpreußen gibt uns die beständige Hoffnung, daß sie auch weitere Stürme und Angriffe auf ihr Heimatland abwehren werden. Denn es ist leider sicher, daß das Ende ihrer Leidenszeit noch nicht gekommen ist. Die Polen richten heute ihre begehrliche Blicke nicht nur auf diese ehemaligen Abstimmungsgebiete, sondern auf ganz Ostpreußen. Ueber den Ernst der polnischen Bestrebungen ist kein Zweifel. Um sein Ziel zu erreichen, hat sich Polen ein eigenes System zurechtgemacht. Es sucht Ostpreußen wirtschaftlich so zu droffeln, daß seine Wirtschaft aus den Zusammenhängen mit dem Reich gelöst wird, und sich zwangsläufig in die polnische Wirtschaft einfügen muß.

Polen versucht zur Erreichung seines Zieles u. a. weiterhin, die Masuren trotz allem für sich zu gewinnen. Der geistige Kampf um die Erhaltung Ostpreußens beim deutschen Volk; und Reich wird also weitergehen. An die geistige und wirtschaftliche Widerstandskraft der Ostpreußen werden nach wie vor große Anforderungen gestellt werden. Die Wiederkehr des Abstimmungstages muß daher eine neue Befestigung des Treueglaubens aller Masuren, Ermländer und Westpreußen zum Reich und des Reiches zu Ostpreußen und zugleich ein scharfer Protest gegen die polnischen Annektionsgelüste werden.

Eine Erklärung der deutschen Vertretung

Paris, 8. Juli. Die deutsche Vertretung hat der französischen Presse folgende Erklärung übermittelt:

Die deutsche Vertretung bedauert, daß die seit neun Monaten geführten Verhandlungen nicht so zeitig zum Abschluß gekommen sind, daß die Bestätigung eines Abkommens durch die Parlamente der beiden Länder vor ihren Ferien ermöglicht werden konnte. Wie ein am 14. Juni durch das französische Handelsministerium veröffentlichter Bericht festgestellt hat, glaubt die deutsche Vertretung, daß die von Frankreich für die hauptsächlichsten Ausfuhrartikel gemachten Zugeständnisse (Chemikalien, Maschinenartikel, Kleinfertigerzeugnisse, optische Erzeugnisse, elektrische Artikel, Lederwaren, Keramik und Spielwaren) nicht ausreichen, um das Gleichgewicht herzustellen, das eine Grundlage für das Handelsabkommen hätte geben können. Andererseits hat die französische Wirtschaftsvertretung die von Deutschland gemachten Vorschläge, namentlich was Wein-, Woll- und Baumwollgewebe, sowie Automobile betrifft, für ungenügend erklärt. Es ergibt sich also daraus, daß die zwischen den beiden Vertretungen entstandenen Meinungsverschiedenheiten sich auf wirtschaftlichem Gebiete kundgetan haben. Keinen Augenblick dagegen haben in der Erörterung politische Fragen eine Rolle gespielt und in irgend einer Weise die von der deutschen Regierung eingenommene Haltung beeinflusst. Die in den letzten Tagen überbrachten Bemerkungen entbehren also jeder Grundlage.

Der Reichszankler zur Sicherheitsnote

Berlin, 8. Juli. Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages machte vor Eintritt in die Tagesordnung der Vorrede, Abg. Hergt (Dntl.) Mitteilung von einem Schreiben des Abg. Müller-Franken (Sag.), worin unter Hinweis auf die Vorgänge im Plenum am Schluß der letzten Woche der Wunsch ausgedrückt wird, die Frage zu klären, ob eine außenpolitische Aussprache im Plenum des Reichstages stattfinden solle. Reichszankler Dr. Paüher gab hierzu folgende Erklärung ab: Die Reichsregierung beabsichtigt, vor Abendung der Antwortnote auf die französische Note mit dem Auswärtigen Ausschuss in nochmalige Fühlung zu treten. Dies solle erfolgen, sobald ein Text für die Antwortnote in der Regierung selbst durchgearbeitet sei. Obgleich diese Note nach dem Stand der internationalen Erörterung des gesamten Problems noch nicht einen abschließenden Charakter tragen werde, so könnten immerhin wesentliche Vorfragen darin bereits zu praktischen Entscheidungen kommen. Die Regierung hatte eine Erörterung im Plenum des Reichstages vor Abendung der Note nicht für zweckmäßig. Sie halte dagegen an der Auffassung fest, daß nach der Abendung eine Erörterung im Plenum angezeigt sei. Bei einer Aussprache im Plenum vor der Abendung müsse die Reichsregierung besichtigen, daß dann im Laufe der Erörterungen sich ein Eingehen auf die Einzelheiten der Note doch nicht vermeiden lasse, wodurch dann der diplomatische Brauch, bezügliche Noten vor der Uebersendung nicht bekannt zu geben, verletzt werden würde. Die auch der Regierung bei der Gesamtlage und bei der Bedeutung erwünschte parlamentarische Mitwirkung sei ja durch die in Aussicht genommene Fühlungnahme mit dem Auswärtigen Ausschuss gesichert. Hieran schloß sich eine ausführliche Geschäftsordnungsdebatte, in deren Verlauf der Reichszankler und der Reichsminister des Auswärtigen wiederholt das Wort nahmen. Zum Schluß stellte der Vorsitzende Abg. Hergt (Dntl.) fest, daß er entsprechend den Erklärungen des Herrn Reichszanklers mit der Regierung im Benehmen bleiben werde, um, sobald die Verhandlungen des Kabinetts über die bevorstehende Antwort zur Sicherheitsfrage dahin geheißen sein würden, eine neue Sitzung des Auswärtigen Ausschusses anzuberaumen.

Am die Umsatzsteuer

Berlin, 8. Juli. Der Steueraussschuss des Reichstages beschäftigte sich am Mittwoch mit der Umsatzsteuer. Abg. Dr. Hertz (Sag.) wünschte eine erhebliche Senkung der Umsatzsteuer und vor allem die Herauslösung der Lebensmittel. Staatssekretär Poppih führte aus: Die Umsatzsteuer ist ein Zeichen der Not unserer Zeit. Heute besteht sie mit Ausnahme des glücklichsten Englands in den meisten europäischen Staaten. Wir rechnen bei dem Aufkommen aus der Umsatzsteuer mit einem Betrage von etwa 1,5 Milliarden Mark. Dieser Betrag muß die Umsatzsteuer bringen, wenn wir unseren öffentlichen Haushalt balancieren wollen. An

dieser Notwendigkeit findet die Senkung oder Abänderung der Umsatzsteuer eine Beschränkung. Die Umsatzsteuer bringt ihre großen Erträge nur dadurch, daß sie alles unterschiedslos und mit dem gleichen Satze erfaßt. Jede Durchbrechung dieses Prinzips reißt das ganze Gebäude ein. Die Anregung des Dr. Hertz würde zum Zusammenbruch der Umsatzsteuer führen. Ich kann nur auf das dringendste vor solchen Versuchen warnen. So wie die Wirtschaftsverhältnisse liegen, wird die Umsatzsteuer, ebenso wie es in der Vergangenheit nicht in der Inflationszeit war, auch in Zukunft noch auf längere Zeit das Rückgrat unserer Finanzverwaltung sein.

Ein Antrag der Regierungsparteien, der den Beratungen zugrunde liegt, will die Umsatzsteuer auf 1,25 v. H. erniedrigen. Abg. Dr. Fischer-Köln (Dem.) verlangte demgegenüber, die Umsatzsteuer zunächst auf 1 Prozent herabzusetzen. Staatssekretär Poppih sieht keine Möglichkeit, die Umsatzsteuer mehr zu senken als auf 1,25 Prozent. Abgesehen von der Unmöglichkeit einer weiteren Senkung müßte man dann auch für eine Kürzung der Umsatzsteuern der Länder und Gemeinden eintreten. Die Reichsregierung sei grundsätzlich zu einem Abbau der Umsatzsteuer bereit, wenn die Verhältnisse nur irgend eine Möglichkeit dafür bieten.

Aus dem Barmat-Untersuchungsausschuss

Berlin, 8. Juli. Im Untersuchungsausschuss des preussischen Landtags für die Barmat-Rutisler-Angelegenheit erklärte nach dem „Achtstundendblatt“ der frühere Berliner Polizeipräsident Richter unter großer Bewegung, er sei genötigt, auf den ganzen Fragenkomplex vor seiner Verurteilung zurückzukommen, wolle dies aber nur in nicht-öffentlicher Sitzung tun. Auf Antrag der Deutschnationalen entsprach der Ausschuss diesem Wunsche. Das genannte Blatt berichtet etwa folgendes über die Aussagen: Der frühere Polizeipräsident schilderte ausführlich die herzliche Freundschaft, die ihn mit Barmat verband, wobei er einen so starken von Weintrinken begleiteten Keroenzusammenbruch erlitt, daß die Sitzung ungefähr eine Viertelstunde ausgelehrt werden mußte. Nachdem er sich erholt hatte, erklärte er, er habe sich selbst davon überzeugt, daß Julius Barmat ein sehr kranker Mann sei. Er bedauere seine früheren Worte, daß Barmat keine Krankheit simuliere. Er besann sich ziemlich unumwunden, daß er erhebliche Geldzuwendungen bei den verschiedensten Gelegenheiten von Barmat erhalten habe, die er angenommen habe, weil sein Gehalt als Berliner Polizeipräsident nicht hingereicht habe, seine Verpflichtungen gegenüber seiner Familie und seinen Lebensunterhalt zu bestreiten. Seine ausgebreiteten Reisen mit Barmat hätte er von seinem Gehalt nie bestreiten können. Seine früheren Aussagen müßte er dahin ergänzen, daß Barmat für ihn nicht nur Demo-Aktien, sondern auch Aktien des Nordd. Lloyd und der Hamburger Elektrizitätswerke beschaffte. Die Beschaffungskosten könne er nicht angeben. Weiter erwähnte er noch eine ganze Anzahl von Wertgegenständen und anderen Geschenken, die er von Barmat erhielt, betonte aber, daß er Wertangaben nicht machen könne. Im Auftrage Barmats habe er auch Geschenke besorgt, die dieser seinen Freunden nach der Rückkehr von seinen Reisen zuleitete. Darunter habe sich auch einmal ein Geschenk für Heilmann befunden, der im Ausschuss unter Eid erklärt hatte, daß er niemals Geschenke entgegengenommen habe. — Obwohl diese Aussagen Richters in nicht-öffentlicher Sitzung gemacht wurden, beschloß der Ausschuss, sie im Anbetracht ihrer Wichtigkeit nicht als vertraulich zu betrachten.

Generalsstaatsanwalt Lindow stimmt dem Haftentlassungsantrag der Verteidiger Rutislers gegen eine Kaution von 300 000 Mark zu. Der Untersuchungsrichter Dr. Schneider sowohl als auch die Beschwerdefammer unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Bernau lehnten den Haftentlassungsantrag ab. Die Verteidiger haben hiergegen weitere Beschwerde bei dem Strafsenat des Kammergerichts eingelegt, der als höchste richterliche Instanz über die Beschwerde entscheiden wird.

Neues vom Tage

Der Zollkrieg mit Polen

Berlin, 8. Juli. Die Antwort der polnischen Delegation auf den deutschen Vorschlag zum Abschluß eines Handelsprovisoriums, ist, den Blättern zufolge, nunmehr eingegangen. Im Auswärtigen Amt fanden Besprechungen statt, die die Stellungnahme der deutschen Unterhändler gegen

über diesen neuen polnischen Vorschlägen zum Gegenstand hatten. Wie das „Berliner Tageblatt“ aus Warschau erfährt, sind dort sämtliche Lebensmittel und Kolonialwaren, sowie deutsche Fabrikzeugnisse in den letzten Tagen um 5-20 Prozent im Preise gestiegen.

Abwartende Haltung Englands in der Marokkofrage

London, 8. Juli. Reuters erfährt, daß die britische Regierung noch keine Entscheidung wegen der Blockierung der marokkanischen Seehäfen gemeinsam mit den französischen und spanischen Seestreitkräften getroffen habe und daß daher noch keine Antwort auf diesbezügliches Ersuchen gegeben wurde. Die Regierung verfolge die Lage genau, doch werde im Augenblick nicht angenommen, daß die britischen Interessen in Tanger unmittelbar bedroht seien.

Die Gnadengesuche zu dem Moskauer Urteil

Moskau, 8. Juli. Die Gnadengesuche der Eltern Rindemans und Wollschts sowie des Verteidigers von Dittmar sind dem Zentralerlegationskomitee am 4. Juli zugegangen. Kallinin hat gestern verfügt, daß die Vollstreckung des Urteils vorläufig ausgesetzt werde.

Protest gegen die Aufwertungsbeschlüsse

Berlin, 8. Juli. Der Berliner Börsenvorstand verkündete vor Eröffnung der Börse, daß die Beschlüsse der Kompromissparteien in der zweiten Lesung über die Regelung der Aufwertungsfragen eine derartige Unklarheit und Unsicherheit in die ganze Wirtschaft hineingetragen haben, daß zum Schutze der Wertpapierbesitzer die Börse ausfallen müsse. Der Beschuß lautet wie folgt: „Wegen des gestrigen Beschlusses des Aufwertungsausschusses, die Aufwertung der sogenannten Neubestände an Anleihen auf die Hälfte des in der Regierungsvorlage vorgesehenen Satzes herabzusetzen, ist der Börsenvorstand zu einer Sitzung zusammengetreten und hat beschlossen, daß — nachdem bereits gegen die ernste Warnung aller deutschen Börsenvorstände die Differenzierung von Alt- und Neubeständen beibehalten worden ist — derartige neue Beschlüsse geeignet sei, das Vertrauen zu der Behandlung der deutschen Anleihen zu vernichten und auf das Vertrauen zu den Erklärungen amtlicher Stellen schwer zu beeinträchtigen. Diese Auffassung wird insbesondere den beteiligten Instanzen zur Kenntnis gebracht werden.“ Der Börsenvorstand beschloß ferner, die heutige Versammlung der Wertpapierbörse ausfallen zu lassen, damit nicht unter dem ersten Eindruck des Beschlusses des Aufwertungsausschusses übermäßige Rückwirkungen auch auf die übrigen Gebiete des Wertpapiermarktes eintreten. Endlich sah sich der Börsenvorstand zu dem Beschuß gezwungen, bis auf weiteres die Notiz für alle auf Papiermarkt lautenden Anleihen des Reiches, der Länder und der Kommunen einzustellen, da er nicht die Verantwortung dafür tragen mag, daß Wertpapiere amtlich gehandelt werden, deren Bewertungsgrundlagen durch die Allgemeinheit nicht voraussehbare Beschlüsse von einem Tag zum anderen völlig verkehrt werden. Der Börsenvorstand befürchtete mit Recht, daß diese Beschlüsse des Aufwertungsausschusses eine völlige Verwirrung im Effektenhandel zur Folge haben würden, denn es ist nach den Beschlüssen noch nicht einmal klar, ob die 2,5 Prozent, die die Kompromissparteien den Anleihebesitzern gewähren wollen, sich nur auf den Neubestand oder auch auf den gesamten Altbestand erstrecken sollen. Die diesbezüglichen Formulierungen des Aufwertungsausschusses lauten völlig unklar. Nur soviel geht daraus hervor, daß der Aufwertungsausschuß bedürftige Altbesitzer bevorzugen will und daß er auch sonst gewisse Bestimmungen zum Unterschied zwischen Alt- und Neubeständen gefordert hat, aber wie schon bemerkt, herrscht auch darüber völlige Ungewißheit, was die Altbesitzer zu erwarten haben. So befürchtete offenbar der Börsenvorstand eine starke Verunsicherung nicht nur der Anleihen, sondern auch der Aktienwerte.

Relieftentrat des Reichstages

Berlin, 8. Juli. In der heutigen Sitzung des Relieftentrates des Reichstages setzten der Reichsminister Dr. Luther der Reichsaussenminister Dr. Stresemann die Gründe auseinander, weshalb eine außenpolitische Debatte im Reichstag vor der Abendung der deutschen Note nicht opportun erscheint. Eine Einigung über den Termin der Debatte wurde unter den Parteien nicht erzielt. Die Mehrheit war entschlossen, diese Debatte nicht vor der Abendung der Note stattfinden zu lassen. Dem widersprachen die Sozialdemokraten, Kommunisten und Völkischen. Im übrigen ist über den Geschäftsplan des Reichstages noch zu sagen, daß am Freitag die beiden Aufwertungsgesetze für Hypotheken und öffentliche Anleihen im Plenum zur Beratung gelangen und diese Beratung am Mittwoch zu Ende geführt sein soll. Demnächst werden die Steuergesetze vom Plenum in Angriff genommen werden. Neben alle anderen Fragen, namentlich über das Ende der Reichstagsverhandlungen vor der Ferienpause, lassen sich zurzeit Schlüsse nicht ziehen.

Aus dem sächsischen Landtag

Dresden, 8. Juli. Der sächsische Landtag hat die linkssozialistischen und kommunistischen Anträge auf Auflösung des Landtages in namentlicher Abstimmung mit 49 Stimmen der Deutschen Volkspartei, der Demokraten und der Mehrheitssozialisten gegen 38 Stimmen der Deutschnationalen, Linksradikalen und Kommunisten abgelehnt und sich bis zum 3. November vertagt.

Zur Räumung Reddinghausens

Reddinghausen, 8. Juli. Die Stadtverwaltung teilt mit, daß der Abmarsch der Besatzungstruppen voraussichtlich in den nächsten Tagen zu erwarten ist. Die Bevölkerung wird jedoch darauf aufmerksam gemacht, daß der Abzug der Truppen keineswegs gleichbedeutend ist mit der endgültigen Räumung und Freigabe des Stadtgebietes. Nach den bisherigen Mitteilungen gilt das Stadtgebiet von Reddinghausen vielmehr bis zum 15. 8. als besetztes Gebiet. Die Stadtverwaltung ersucht daher die Bevölkerung, beim Abmarsch der Truppen jegliche Zwischenfälle zu vermeiden.

Deutscher Reichstag

Berlin, 8. Juli.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt der Abg. Dr. Best eine Erklärung ab, in der er sich dagegen wendet, daß seit den Zwischenfällen im Aufwertungsausschuß in der Öffentlichkeit die Meinung verbreitet werde, daß er Millionen gläubiger an Hypotheken in Hessen sei. Wichtig sei, daß er vier Hypotheken im Gesamtbetrage von rund 97 000 M. besitze. Um diese Verleumdungen an den Pranger zu stellen habe er beim Reichstage um die Genehmigung der Strafverfolgung der Abgeordneten Dr. Oderschroten (Dn.) und Mademacher (Dn.) beantragt und gegen vier Zeitungen die Beleidigungsklage erhoben.

Das Haus genehmigte in der eigentlichen Beratung ohne Debatte die Haushalte für die Ausführung des Friedensvertrages und für die Kriegslasten.

Bei der Beratung des Haushaltes für die besetzten Gebiete begrüßt der Berichterstatter Abg. von Guérard (Ztr.), daß zum ersten Male ein selbständiges Ministerium für die besetzten Gebiete geschaffen worden sei. Der Ausschuß schlägt die Erhöhung des Etatsbetrages für die kulturelle Fürsorge im besetzten Gebiet von 1,3 auf 3 Millionen vor.

Der Reichsminister für die besetzten Gebiete Dr. Frenken betont, die Bevölkerung des besetzten Gebietes sei beispielgebend für opferbereite Vaterlandsliebe und ihr besonderes Ministerium solle ihr erhalten bleiben, solange die Verhältnisse es erfordern und es den Wünschen der Bevölkerung des besetzten Gebietes entspreche. (Beifall.)

Der Minister betonte dann die schwierige Wirtschaftslage des besetzten Gebietes, die sich schon darin äußere, daß die Zahl der Erwerbslosen dort dreimal höher sei, als im unbesetzten Gebiete. Die schweren seelischen Opfer, die die Bewohner der besetzten Gebiete schon seit 6 Jahren bringen, müssen und deren Schwere nur der begreifen könne, der sich durch den Augenschein überzeugen könne, sollten wenigstens auf materiellem Gebiete einen gerechten Ausgleich erfahren. (Zustimmung.) Eine weitere Beschleunigung des Entschädigungsverfahrens sei bereits eingeleitet. Alle Kräfte müßten daran gesetzt werden, um den Pflichten gegenüber der Bevölkerung der besetzten Gebiete nachzukommen. (Beifall.) Treue um Treue solle die Lösung sein. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Reichbaum (Soz.) bemängelt, daß die Befugnisse des besetzten Gebietes nicht klar abgegrenzt seien.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 9. Juli 1925.

Die Umsatzsteuer der Landwirtschaft.

Nach §§ 33 und 35 UStG. in der Fassung des SteuerüberleitungsGes. vom 29. Mai 1925 ist die Landwirtschaft für die Umsätze des Wirtschaftsjahres 1. Juli 1924 bis 30. Juni 1925 nach Ablauf des ersten Kalenderhalbjahres 1925 zu veranlagten; die Umsatzsteuererklärungen sind im Juli 1925 abzugeben. Der M. d. F. hat sich aber damit einverstanden erklärt, daß diejenigen nichtbuchführenden Landwirte von der Pflicht zur Abgabe einer Steuer-Erklärung befreit sind, die auf Grund sorgfältiger Prüfung nach bestem Wissen und Gewissen die Uebergerung erlangen, daß die für das Wirtschaftsjahr 1924/25 geleisteten Vorauszahlungen den nach den bisher bekannt gegebenen Richtzahlen und den nach den tatsächlichen, durch die Richtzahlen nicht abgegoltenen besonderen Umsätzen geschuldeten Beträgen entsprechen. Nach Ablauf des Monats Juli 1925 kann denjenigen Umsatzsteuerpflichtigen, die eine Steuererklärung nicht abgegeben haben, obwohl sie hierzu verpflichtet gewesen wären, nach dem Ermessen des F. A. ein Vordruck zur Umsatzsteuererklärung zur Ausfüllung binnen 2 Wochen überandt werden. Die Einreichung der Erklärung kann durch Geldstrafe erzwungen werden. Bei verspäteter Einreichung einer vom F. A. angeforderten Umsatzsteuererklärung ist das F. A. berechtigt, einen Zuschlag bis zu 10 v. H. der endgültig festgesetzten Steuer aufzuerlegen.

Ein deutsches Requiem. Der Gmünder Oratorien-Chor (Walter-Quartett) — 40 Damen und 25 Herren — bringt am Samstag 11. Juli, abends von 8.30 an und am Sonntag den 12. Juli, von nachmittags 4 Uhr an in der Evang. Stadtkirche in Freudenstadt das Oratorium „Ein deutsches Requiem“ v. Joh. Brahms zur Aufführung. Das Orchester stellt die Kurkapelle. (Mitgl. d. Landes-theaters.) Als Solisten sind beste Kräfte gewonnen worden. Der Chor ist durch seine wirklich künstlerischen Aufführungen in Musikreisen weit bekannt und geschätzt. Es dürfte uns deshalb das gewaltige Kunstwerk, das zu den größten musikalischen Wundern gehört, in idealer Wiedergabe geboten werden. Die Kurverwaltung Freudenstadt hat die großen Kosten einer solchen Aufführung gewagt, in der Annahme, daß auch die nähere und fernere Umgebung für solch seltene Darbietungen reges Interesse zeige. Wir bitten deshalb höchlichst, Musikfreunde auf unser Konzert aufmerksam machen zu wollen. Die Sonntags-Aufführung ist für auswärtige Besucher gedacht.

Neuenbürg, 8. Juli. (Schweres Autounglück.) Die Einwohnerzahl ist in größter Aufregung und erschüttert über den Unglücksfall, der gestern abend kurz vor 10 Uhr der Familie von Oberamtsbaumeister Stribel zustieß. Oberamtsbaumeister Stribel war mit Frau und Kind und zwei weiteren Personen auf der Heimfahrt von Herrenalb in seinem Auto begriffen. Rechts der Straße, gleich nach dem Seuffert'schen Sägewerk, stand ein unbeleuchteter beladener Langholzwagen. Sel es nun, daß Oberamtsbaumeister Stribel, der das Auto lenkte, zu rasch fuhr und den unbeleuchteten Wagen nicht sah, sei es, daß er einer Täuschung zum Opfer fiel, weil in unmittelbarer Nähe die Straße nach Rotensol abzweigt, all das sind Vermutungen. Das kleine Auto, in welchem vorne Oberamtsbaumeister Stribel, neben ihm seine Frau, in der Mitte das 5jährige

Töchterchen saß, während zwei Personen hinten Platz genommen hatten, fuhr direkt in das Langholzfahrwerk hinein. Von dem Anprall auf die Stämme wurde das Kind sofort getötet, Frau Oberamtsbaumeister wurde tödlich verletzt herausgeschleudert und gab nach wenigen Stunden den Geist auf, Oberamtsbaumeister Stribel ist schwer verletzt. Das niedere Auto schoß zur Hälfte unter den Stämmen durch, so daß zwei Räder vor, zwei hinter den Stämmen standen und stand schräg eingezwängt, so daß zuerst der Wagen gehoben werden mußte, um die hinten stehenden Insassen, die leichter verletzt waren, aus ihrer qualvollen Lage zu befreien. Kertzliche Hilfe war bald zur Stelle. Oberamtsbaumeister Stribel soll noch einige Zeit, jammern über den Tod seines Kindes und ahnungslos, daß seine Frau tot war, herumgelaufen, dann aber plötzlich zusammengebrochen sein. Eine Gerichtskommission begab sich noch in der Nacht an die Unglücksstelle, die beiden Leichen wurden im Sanitätsauto hieher, Oberamtsbaumeister Stribel ins Bezirkskrankenhaus verbracht. Durch diesen Unglücksfall ist das Glück einer Familie jäh zerstört, Mutter und Kind tot, der Vater schwer verletzt, ein zehnjähriger Knabe, der nicht an der Fahrt teilnahm, steht in fastungslosem Schmerz vor seinen toten und schwerverletzten Lieben. — Der Langholzwagen, auf welchem das Auto aufstieß, hatte keine Beleuchtung und trug dieser Umstand mit zu dem Unglück bei.

Weil der Stadt, 6. Juli. Der Gewerbeverein hat sich am Samstag endgültig gebildet. Eine große Zahl Mitglieder (at sich sofort angeschlossen. Erster Vorsitzender ist Kaufmann Robert Berger, zweiter Vorsitzender und Geschäftsführer Gewerbelehrer Arnold, drittes Vorstandsmitglied und Kassier Bäckermeister Ernst Schrott. Weitere 9 Mitglieder aus den verschiedenen Zweigen des Gewerbes und Handels bilden den Ausschuß. Zusammen mit der Ortsgruppe des Würmtalverkehrsverbandes dürfte der Gewerbeverein nunmehr auch die Verkehrsfragen entschieden betreiben.

Stuttgart, 8. Juni. (Eine sinnige Ehrung für Graf Zeppelin.) Am 8. Juli ist der Geburtstag des Grafen Zeppelin; am 2. Juli sind es 25 Jahre gewesen, daß sein erstes Luftschiff in Friedrichshafen aufstieg. Man konnte ihm wohl in Stuttgart kaum an einem geeigneteren Orte eine Ehre erweisen, als da, wo in einer überaus wirksamen Zusammenstellung die Entwicklung und Bedeutung seiner Erfindung gezeigt wird, nämlich in der Ausstellung „Das Schwäbische Land“. In der hohen Halle, wo der älteste Motor vom dem ersten, im Jahre 1900 aufgestiegenen Luftschiff neben dem unendlich leistungsfähigeren vom Jahre 1925 steht, wo das Modell des ersten Luftschiffes mit der einst so angefaulenen Zigarrenform neben dem viel massigeren von L 3 3 hängt, hat man unter seiner Birste, die unter den anderen schwäbischen Forschern und Erfindern, Dichtern und Denkern ihren Ehrenplatz hat, auf seinen Geburtstag einen Lorbeerkrans aufgehängt.

Amerikanerbesuch. Der Amerikanerbesuch in der letzten Woche war nicht der einzige. Heute trifft der Brooklyn Sängerbund Newyork zu einem mehrtägigen Besuch in Stuttgart ein. In den nächsten Tagen wird auch der Gesangsverein „Arion“ Newyork dem Schwäbischen Land einen Besuch abstaten.

Ein bedenkliches Treiben. Als im Herbst vorigen Jahres die Anlieferung von Frischmilch nach Stuttgart sich außerordentlich steigerte, so daß sie nicht abgesetzt werden konnte, wurde in der Milchzentrale die überschüssige Milch über das erlaubte Maß hinaus durch Zusatz von Sodalauge neutralisiert. Aber die so neutralisierte Milch war verderben und für Säuglinge gefährlich. Gleichwohl wurde sie an die Milchhändler abgegeben. Jetzt wurde der erste Geschäftsführer der Milchzentrale wegen jahrlässiger Uebertretung des § 11 des Nahrungsmittelgesetzes zu 150 M. Geldstrafe vom Amtsgericht verurteilt. Die beiden mit der Neutralisierung der Milch beauftragten Angestellten erhielten je 50 Mark Geldstrafe.

Ludwigsburg, 8. Juli. (Todesfall.) Gestern starb hier ein Ehrenbürger der Stadt, Gemeinderat Otto Hoffmeister, Ehrenkreuzritter des Turnkreises Schwaben, im Alter von 44 Jahren. Hoffmeister gehörte von 1910 bis 1912 dem Landtag an und hat sich sowohl um Ludwigsburg als auch insbesondere um die Turnfrage große Verdienste erworben.

Oberkonnigen OA. Kirchheim, 7. Juli. (Gemeindehaus.) Die Papierfabrik Scheufelen hatte im Jahre 1917 einen Betrag von 200 000 Mark gestiftet, mit dem hier ein Gemeindehaus errichtet werden sollte und hat sich nun entschlossen, den nach der Umstellung auf Goldmark sehr zusammengesunkenen Betrag wieder so auszufüllen, daß der ursprüngliche Plan nicht nur ausgeführt, sondern noch erweitert werden kann. Das Gemeindehaus soll bis Ende dieses Jahres fertig sein.

Steinheim a. d. Murr, 8. Juli. (Von einem Stein tödlich getroffen.) Im Steinbruch bei Erdmannshausen (Staats. Schotterwert) verunglückte der 23 Jahre alte Bauer, Gottlieb Sigrist von hier. Schwer verletzt wurde er ins Krankenhaus nach Ludwigsburg verbracht. Dort erlag er der sehr schweren Verletzungen, die er durch Loslösung eines schweren Steinnes, der ihn aus der Höhe traf, erhalten hatte. Eine Witwe und 5 unversorgte Kinder trauern um den Ernährten.

Wehingen, 8. Juli. (Gewerbe- und Industrieausstellung.) Alle Vorbereitungen deuten darauf hin, daß die Wehinger Ausstellung vom 15. bis 17. August eine große Sache wird. Sowohl die Kleinhandwerker als auch die Industriellen wetteifern, daß jeder Aussteller das Beste bietet. Dadurch, daß am 15., 16. und 17. August der Verbandstag der württ. Gewerbevereine in Wehingen stattfindet, ist mit einem Massenbesuch zu rechnen.

Cannstatt, den 9. Juli 1925.

Todes-Anzeige.

Unsere liebe Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

Eva Maria Müller geb. Klink, Forstwartswitwe,

ist gestern im Alter von 75 Jahren sanft entschlafen.

In stiller Trauer:

Matthäus Müller mit Frau, Stuttgart,
Georg Müller mit Frau, Degerloch,
Friederike Fischer geb. Müller mit Familie,
Dora Wieland geb. Müller mit Familie,
nebst 11 Enkelkindern.

Beerdigung Freitag, den 10. Juli, nachm. 1/3 Uhr.

Original „Weck“



Original „Weck“

Original „Weck“

und neutrale Marken

Eindunstgläser und -Apparate,
Gummi-Ringe, Deckel, Klammern,
Thermometer, Einfüll-Trichter,

ferner

Einmachgläser zum Zubinden, Honiggläser mit Schraube,
Geleegläser, Saftflaschen, Bohnenflaschen,
Weck-Kochbücher

zu billigsten Preisen empfohlen von

Fritz Bühler jr.,

(Fa. C. W. Lutz Nachf.)

Altensteig.

Gesucht

werden zu sofortigem Eintritt

- 1 Glaser
- 2 Hilfsarbeiter für dau-
- ernden Bahndienst in Nagold.
- 2 Pferdeknechte
- 5 Dienstknechte
- 4 Küchenmädchen
- 2 Zimmermädchen
- 2 Dienstmädchen

für Landwirtschaft.

Bez.-Arbeitsamt Nagold.

Altensteig.

Neue Italiener

Kartoffeln

Italiener Eier

Marke Beneto
sind eingetroffen bei

Chr. Burghard jr.

Altensteig.

Weiß emailierte

Toiletten- Eimer

Wasserkrüge

Steingut

Wasch- Garnituren

von 6.— bis 15 Mk.
empfiehlt

Henßler

Eisenwarenhandlung.

Altensteig.

Guten

Apfelmöft

hat im Auftrag zu verkaufen
Gutekunst, Küfer.

Ein beziehbares

Bohn- oder Geschäftshaus

in Altensteig, Ebhausen oder
Berned zu kaufen gesucht
Offerten mit Preis a. d. Besch.

Wer?

etwas zu kaufen sucht,
etwas zu verkaufen hat,
eine Stelle sucht,
eine Stelle zu vergeben hat,
etwas zu vermieten hat,
etwas zu mieten sucht

inseriert erfolgreich
und billig in der

Schwarzwälder Tages- zeitung Aus den Zannen.

Gestorbene.

Calw: Friedrich Heilemann
Dornstetten: Anna Barbara
Schmann Wwe., 77 Jahre.
Höfen a. G.: Friedr. Schmid,
Oberlehrer a. D., 68 Jahr.

Altensteig.

Todes-Anzeige.



Unsere liebe Tante

Frl. Marie Staiger

ist nach schwerem Leidenstumpf im Glauben
an ihren Erlöser in Sigmaringen entschlafen.
Für alle ihr hier erwiesene Liebe und Teil-
nahme dankt herzlich

Theodor Loeckle und Frau Lucie geb. Granzin.

Evang. Stadtkirche Freudenstadt.

Samstag, 11. Juli, abends von 8 1/2 Uhr an,
Sonntag, 12. Juli, nachm. von 4 Uhr an.

Ein deutsches Requiem

nach Worten der Heiligen Schrift von Johannes Brahms.

Dratorium für Gem. Chor, Soli, großes Orchester u. Harfe.

Mitwirkende:

Solisten: Frau Martha Fein-Stuttgart (Sopran),
Herr Albert Graf-Ehlingen (Bariton),
Herr Fröh Post-Stuttgart (Harfe).

Chor: Walters-Orat. Chor, Gmünd (40 Damen u. 25 Herren),
Orchester: Die Kuckapelle (Mitglieder des Landestheaters)
Leitung: Eugen Walzer.

Preise: Schiff 3.— Mark, Empore 2.— Mark.

Vorverkauf ab Donnerstag, 9. Juli, im Kurverein.

Fahrplan:

Auto: Altensteig 10.35 ab, Dornstetten 11.55 an,
Freudenstadt 2.28 an; Freudenstadt 8.11 ab, Dornstetten
8.30, Altensteig 9.55 an.

Eisenbahn: Altensteig ab 9.46, Freudenstadt an 2.28;
Freudenstadt ab 6.25, Altensteig 9.33 an.

Altensteig.

Heidelbeeren u. Himbeeren

kauft jedes Quantum

Walz, Gärtner.

Altensteig.

Messing- Einkochkessel

schwerste Sorte von Mk. 6.50 bis 14.—,

Saftpressen

Mk. 26.— bis 48.—,

Kirschenentkerner, Kettigbohrer,

Kettig- und Gurkenhöbel

Kraut- und Gemüsehöbel

Bohnenknibler und Bohnenhöbel

empfiehlt

Henßler, Eisenwarenhandlung.

Kukirohlen Sie schon?

Das heißt: Betreiben Sie systematische Fuß-

pflege?

Hierzu gehören: 1 Packung Kukiroh-
Fußbad, 1 Dose Kukiroh-Streupuder und
1 Schachtel Kukiroh-Mühneraugen-Pflaster.

Mit diesen drei Präparaten, die zusammen
nur 2 Mark kosten, können Sie eine richtig-
gehende Kukiroh-Fußpflege-Kur durchführen.

Ist Ihnen die Gesundheit Ihrer Füße diese
Ausgabe nicht wert?

✓ Sie erhalten alle drei zu einer Kur erforderlichen
Kukiroh-Präparate in jeder Apotheke und wirklichen
Fachdrogerie, bestimmt aber in den nachstehenden:

Löwendrogerie Gebr. Benz.

